

S t a d t H a a n

Niederschrift über die

10. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Generationen der Stadt Haan

am Donnerstag, dem 02.02.2023 um 17:01 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:01

Ende:
19:30

Vorsitz

Stv. Bernd Stracke

CDU-Fraktion

Stv. Annette Leonhardt
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Monika Morwind
Stv. Folke Schmelcher
AM Johannes Woike

Vertretung für AM Henrik Radtke
bis TOP 11

SPD-Fraktion

Stv. Martin Haesen
AM Ulrich Klaus
Stv. Simone Kunkel-Grätz

Vertretung für AM Michael Petersen

WLH-Fraktion

Stv. Meike Lukat
Stv. Nadine Lütz
AM Dieter Terjung

GAL-Fraktion

AM Lucio Dröttboom
Stv. Tabea Haberpursch

FDP-Fraktion

AM Eva-Lotta Dahmann

Vertretung für Stv. Dirk Raabe

Schriftführung

VA Fabian Beyer

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Karlo Sattler

Behindertenbeauftragte/r

AM Dieter Smolka
Frau Gabi Bongard

1. Beigeordnete

1. Beigeordnete Annette Herz

Verwaltung

StOVR'in Doris Abel

VA Michael Schneider

VA Dominic Büsselmann

VA Nicole Krengel

Gäste

Herr Gärtner

Der Vorsitzende Bernd Stracke eröffnet um 17:01 Uhr die 10. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Generationen der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** bittet den TOP 12 an Position 1 vorzuziehen, da die vortragende Fr. Kregel noch einen Anschlusstermin wahrnehmen wolle.

Weiterhin weist er darauf hin, dass der TOP 11 vor den Haushaltsberatungen zu behandeln sei und schlägt vor, diesen als TOP 8 zu behandeln.

Hierzu besteht Einvernehmen.

Öffentliche Sitzung

- 1./ **Gewaltschutz**
- hier: Vortrag der Gleichstellungsbeauftragten Frau Nicole Kregel
Vorlage: GSB/002/2023
-

Protokoll:

Fr. Kregel trägt ihren Bericht vor (Anlage 1).

AM Terjung berichtet für die WLH-Fraktion kurz aus seiner Arbeit für den Weißen Ring. Dieser sei die Endstation für Betroffene. Um diesen früher helfen zu können, sollte auch eine intensivere Zusammenarbeit mit der Polizei in Betracht gezogen werden.

Stv. Morwind lobt für die CDU-Fraktion die Frauenarbeit in Haan und stellt die Frauenfilmabende in Hilden heraus. Sie ermutigt Fr. Kregel, sich nicht durch das Desinteresse einiger Weniger entmutigen oder ablenken zu lassen.

Stv. Lukat zeigt sich enttäuscht, dass die vielen Angebote der Haaner Gleichstellung nicht von der Politik angenommen würden.

Fr. Kregel räumt ein, das Thema sei eher schwierig für Menschen zu diskutieren. Sie sei sich darüber bewusst, dass ihr Wirkungskreis eher beschränkt sei. Gleichwohl sei die Gleichstellung nur ein Teilaspekt ihrer Stelle. Der andere Teil sei das Betriebliche Gesundheitsmanagement.

Stv. Kunkel-Grätz bittet seitens der SPD-Fraktion darum, der interfraktionellen

Runde eine weitere Chance zu geben und einen Termin vorzugeben.

Stv. Morwind wirft die Frage auf, ob die Gleichstellungsarbeit nicht als interkommunale Zusammenarbeit mit Hilden aufgebaut werden könne.

Fr. Kregel verdeutlicht, dass die interkommunale Zusammenarbeit bei der Gleichstellung kreisweit erfolge.

Beschluss:

Der Sachstandsbericht der Gleichstellungsstelle zum Gewaltschutz wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

2./ Bericht des Seniorenbeirates

Protokoll:

Hr. Sattler beginnt seine Ausführungen mit einem Rückblick auf das Seniorencafé anlässlich der letztjährigen Haaner Kirmes. Dies sei trotz einiger Abstimmungsprobleme mit dem Ordnungsamt eine tolle Veranstaltung bei gutem Wetter geworden.

Kurz vor der Kirmes sei die City-Toilette endlich eröffnet worden und habe seit dem 06. Oktober 1150 zahlende Nutzer/innen zu verzeichnen. Dies zeige, dass es einen großen Bedarf zur Nutzung der Toilette gegeben habe. Kritikpunkt vieler sei der „große, graue, blanke Kasten“. Hierzu gebe es den Vorschlag, die Außenwand der Toilette mit einem grünen Hahn zu bemalen, weiterhin werde im Frühjahr eine Dachbegrünung umgesetzt.

Am „Tag des älteren Menschen“ am 01. Oktober habe es einen gemeinsamen Stand des Runden Tisches Mitte/Ost/West und des Senior(inn)enbeirates Haan auf dem Neuen Markt gegeben. Die 5000 Flyer zur Vorstellung des Runden Tisches Mitte/Ost/West seien innerhalb einer Woche vergriffen gewesen, inzwischen existiere eine leicht modifizierte zweite Auflage.

Für das Bürgerfest am 14. Mai sei ein gemeinsamer Stand der Runden Tische Mitte/Ost/West und Griten sowie des Senior(inn)enbeirates geplant.

Im Herbst sei die neue Senior(inn)enbroschüre erschienen, von der bereits kurz nach Veröffentlichung 2000 Exemplare ausgeteilt werden konnten. Für Inhalt und Format habe der Senior(inn)enbeirat viel Lob erhalten. Wichtig sei den Lesern neben dem DIN A4-Format die 14er-Schriftgröße gewesen. Außerdem sei es trotz der täglich

stark schwankenden Druckkosten fast zur Punktlandung bei den Kosten gekommen.

Auf dem Neuen Markt seien neue Citybänke aufgestellt worden, die auch im Haaner Bachtal aufgestellt werden. Nachteilig sei das Material der Douglas-Kiefer, das sehr schnell verwittere. Es müsse Ziel sein, die Bänke im Stadtgebiet zu vereinheitlichen.

Die Haltestellenbänke würden künftig mit Seitenlehnen ausgeführt.

Die Einwohnerzahlen zu Jahresbeginn zeigten, dass Haan statistisch älter werde. Schon fast 3.000 Einwohner (2018 waren es erst 2300) seien älter als 80 Jahre. Dies müsse Auswirkungen auf den zu erstellenden Armuts- und Sozialbericht haben.

Sorgen bereite dem Senior(inn)enbeirat auch die dramatische Abnahme der zur Verfügung stehenden sozial geförderten Wohnungen in Haan. Darauf hätte der Senior(inn)enbeirat seit 2015 hingewiesen, ohne zu ahnen, dass der Abbau noch viel dramatischer verlaufe als gedacht.

Nach Fr. Melchior-Giovannini im Sommer sei mit Hr. Hoffmann ein weiteres langjähriges Mitglied des Senior(inn)enbeirates verstorben.

Beschluss:

Der Bericht des Seniorenbeirates wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

3./ Bericht über die Seniorengerechte Quartiersentwicklung Vorlage: 50/022/2019/12

Protokoll:

Hr. Sattler verweist auf die Vorlage. Unter Beteiligung der Netzwerk-Akteure werde nun auch in Gruiten das niederschwellige Gesprächsangebot bei Kaffee und Kuchen eingeführt. Ziel sei ein vertrauensbildender Austausch mit den Betroffenen. Ein wachsames Auge hätte der Runde Tisch Gruiten auf die Geschehnisse rund um das Bürgerhausareal. Der ehemals zugesagte Nachbarschaftstreff müsse kommen.

Beschluss:

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

4./ Bericht der Behindertenbeauftragten

Protokoll:

Fr. Bongard berichtet über die durchgeführten Telefonsprechstunden und die gelegentlich auch privaten Besuche bei Hilfesuchenden. Die Behindertenbeauftragten und Interessierte aus Bürgerschaft, Politik und Verwaltung hätten zuletzt wieder zwei Ortsbegehungen unter fachkundiger Begleitung durch den Betriebshof durchgeführt. Dabei sei festgestellt worden, dass die taktilen Drücker/Taster unter den Grünlichtanforderungen an den Ampeln nur zum Teil vibrierten. Im Winter seien die Vibrationen durch Handschuhe nur zu erahnen. Statt der taktilen Variante empfehle sie den Umstieg auf eine akustische Steuerung. Die früher häufig als Gegenargument vorgetragene Lärmbelästigung der Anwohner sei nicht mehr relevant. Darüber hinaus werde die Wiedereinführung eines ehrenamtlichen Straßenbegeher vorgeschlagen. Der Heinhauser Weg sei inzwischen saniert worden. Für den Herbst plane man wieder eine Hilfsmittelausstellung.

Hr. Smolka fährt mit der Präsentation seines Zahlenwerkes aus dem Januar 2023 (der Vorlage beigelegt bzw. als Tischvorlage zur Verfügung gestellt) fort.

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** fragt, wie hoch der Anteil der behinderten Menschen in den kreisangehörigen Gemeinden des Kreises sei.

Hr. Smolka zeigt sich zuversichtlich, diese Zahlen nachliefern zu können.

Stv. Lukat möchte wissen, ob die per Haushalt zur Verfügung gestellten Mittel auskömmlich gewesen seien und ob es hierzu eine Aufstellung gebe.

Hr. Smolka verdeutlicht, dass mit 30.000 €/Jahr keine großen Sprünge möglich seien.

Stv. Morwind regt an, der SIGA möge jährlich an einer solchen Begehung teilnehmen, um persönlich zu erleben, was verbessert werden könne.

Hr. Sattler ergänzt, dass 90% aller Haaner Straßenabsenkungen an Einmündungen zu hoch für Rollstuhlfahrer gestaltet seien. Die Mittel seien nicht auskömmlich.

Stv. Haesen empfiehlt allen Nichtbehinderten die Teilnahme an einem Rollstuhlparcours. Dies erhöhe das Verständnis für die Bedürfnisse dieses Personenkreises.

Beschluss:

Der Bericht der Behindertenbeauftragten wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

5./ Stellenplan 2023

hier: Veränderung zum Stellenplan 2023 – Sachgebiet Wohngeld

Vorlage: 10/123/2023

Protokoll:

VA Schneider eröffnet mit dem Hinweis, dass aktuell 428 Wohngeldfälle vorlägen, davon 70 Neuanträge seit Jahresbeginn. Rechnerisch ergäben sich hieraus 3,3 Stelleneinheiten.

Stv. Lukat lobt die Vorlage der Verwaltung in puncto vorliegender und aussagekräftiger Kennzahlen und Klarheit, die für eine evtl. rechtzeitige Nachsteuerung wichtig seien.

Stv. Leonhardt möchte wissen, ob bei längeren Wartezeiten die Auszahlung von Vorschüssen vorgesehen sei.

VA Schneider verweist hier darauf, dass nach bisherigem Kenntnisstand Vorschüsse aus dem kommunalen Haushalt vorfinanziert werden müssten und noch nicht ausreichend geklärt sei, wie und vor allem wann diese verauslagten Mittel durch das Land kompensiert würden.

Beschluss:

Der SIGA empfiehlt dem Rat der Stadt Haan der Einrichtung von 2,0 Stellenanteilen (EG 9a) für die Sachbearbeitung in der Wohngeldstelle der Stadt Haan im Stellenplan 2023 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

6./ Stellenplan 2023

hier: Auswirkungen der angestrebten Neuorganisation der Abteilung 50-1, der Innenrevision sowie der Neueinrichtung der Stabsstelle Sozialplanung des Amtes 50 auf den Stellenplan 2023

Vorlage: 10/099/2022

Beschluss:

1. Der SIGA empfiehlt dem Rat der Stadt Haan die Einrichtung eines zusätzlichen Stellenanteils von 1,4 (0,8 EG 9a / 0,6 EG 10) für das Sachgebiet 50-12 Wohnungswesen, Produkt 100300 im Stellenplan 2023 zu beschließen.
2. Der SIGA empfiehlt dem Rat der Stadt Haan die Einrichtung eines zusätzlichen Stellenanteils von 1,1 (0,2 EG 9a / 0,9 EG 9c) für das Sachgebiet 50-13 UVG, Produkt 060340 im Stellenplan 2023 zu beschließen.
3. Der SIGA empfiehlt dem Rat der Stadt Haan die Einrichtung eines neuen Stellenanteils von 0,5 mit KW-Vermerk (EG 11, befristet auf zwei Jahre) zur Schaffung einer Stabsstelle „Sozialplanung“ im Amt 50 (Amt für Soziales und Integration) im Stellenplan 2023 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

7./ Fortschreibung des Konzeptes Sozial- und Armutsbericht

Vorlage: II/023/2022/2

Beschluss:

Der SIGA nimmt den fortgeschriebenen Entwurf der Verwaltung zu einem Sozial- und Armutsbericht der Stadt Haan laut Anlage (Stand 08.11.2022) zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

8./ Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Haan über die Errichtung, Unterhaltung und Benutzung der Unterkünfte für ausländische Flüchtlinge, Obdachlose und Spätaussiedler
Vorlage: 50/023/2023

Protokoll:

Stv. Kunkel-Grätz erklärt, der Flüchtlingsrat NRW empfehle das „Bochumer Modell“ und regt eine Übertragung auf Haan an.

VA Schneider führt aus, die vorliegende Satzungsänderung stelle lediglich auf die Unterkunft Deller Str. ab. Diese sei nur als vorläufig anzusehen, bis die neue Gebührensatzung vorgelegt werde. Die Verwaltung sei zu der Überzeugung gelangt, dass diese Regelung am besten dazu geeignet sei, den sozialen Frieden in den Unterkünften zu erhalten.

Beschluss:

Der SIGA empfiehlt, HFA und Rat der Stadt Haan mögen beschließen: Die im Entwurf beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Haan über die Errichtung, Unterhaltung und Benutzung der Unterkünfte für ausländische Flüchtlinge, Obdachlose und Spätaussiedler vom 11.07.2017 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

9./ Haushaltsplanberatungen 2023; Soziales, Integration und Generationen
Vorlage: 20/072/2023

Protokoll:

Den Veränderungsanträgen 10,11 und 02 wird einstimmig entsprochen.

Stv. Haberpursch fragt für die GAL-Fraktion, warum das Gebäudemanagement nicht informiert gewesen sei.

Bgo. Herz erklärt, es habe lediglich ein Missverständnis hinsichtlich der Veranschlagung der erforderlichen Gelder gegeben. Das Gebäudemanagement sei über die Anmietung informiert gewesen.

VA Schneider fügt an, dass von der Verwaltung ein Veränderungsantrag zum Antrag der SPD-Fraktion zur Anhebung der Inflationspauschale von 7,9 % für das Haushaltsjahr 2023 zur Sitzung des HFA nachgeliefert werde.

In diesem Zusammenhang regt **Stv. Kunkel-Grätz** an, die Förderbeträge für die Sozial- und Wohlfahrtsverbände anzupassen.

Stv. Haberpursch zeigt dem Vorsitzenden ihre Befangenheit an und beteiligt sich nicht an der Diskussion.

Stv. Lukat verweist auf den bestehenden Ratsbeschluss zur Anpassung der Inflationspauschale und hält einen gesonderten Antrag hierzu für entbehrlich.

StOVRin Abel wird zum HFA eine Erhöhung dieser Beiträge um die Inflationsquote von 7,9% vorschlagen.

Beschluss:

Für den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Soziales, Integration und Generationen werden die in den Produkten genannten Ansätze des Ergebnis- und Finanzplanes wie im vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2023 ausgewiesen dem Haupt- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung empfohlen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**10./ Verfahren der Zuschussgewährung an die Träger der freien Wohlfahrtspflege
Vorlage: 20/076/2023**

Protokoll:

Stv. Lukat stellt für WLH-Fraktion den Abänderungsantrag, dass lediglich ein Nachweis- aber nicht das Antragsverfahren verpflichtend werde.

VA Büsselmann erläutert, die Verwaltung habe sich für eine grundsätzliche Umstellung des Zuschussgewährungsverfahrens entschieden und da sei auch ein Antrag erforderlich. Die Zuschussgewährung der Zukunft solle zielgerichtet, zweckentsprechend und nach der Höhe der zugewendeten Mittel angemessen sein. Dies gehe nur aus einem entsprechenden Antrag hervor. Es müsse nachweisbar sein, wann wer welchen Zuschuss aus welchem Grund erhalten habe.

Stv. Kunkel-Grätz findet, dass sodann allerdings nicht zweckgebundene Spenden bei der Antragstellung nicht als Anrechnungsposten genutzt werden dürften.

VA Schneider erklärt, dass die bisherige Praxis (ohne einen Antrag und ohne Offenlegung der zur Verfügung stehenden Mittel) dem Solidarprinzip zuwider laufe. Es gebe eine Rechenschaftspflicht der Empfänger, das Gießkannenprinzip sei nicht mehr gewollt.

Stv. Lukat sieht hier eine Überkompensation und bittet die Verwaltung die Rechtswidrigkeit eines Verfahrens ohne Anträge zum HFA darzulegen.

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** fragt, ob es nicht möglich sei, das Antragsverfahren nur für zweckgebundene Zuwendungen anzuwenden.

StOVRin Abel vertritt die Auffassung, wenn öffentliche Mittel zugewendet würden, seien den Empfängern formlose Zweizeiler zuzumuten.

Hr. Sattler fragt nach, ob bei Altfällen, denen jedes Jahr der gleiche Betrag zugewendet werde, auch jeweils ein neuer Antrag notwendig sei. Ehrenamtler hätten wichtigere Aufgaben, man sollte es ihnen so leicht wie möglich machen.

VA Büsselmann führt aus, dass Zuwendungen, die vertraglich geregelt seien, von diesem neuen Zuwendungsverfahren nicht betroffen seien. Es sei in der Tat richtig, dass Zuwendungsempfänger ohne vertragliche Bindung jedes Jahr einen neuen Antrag stellen müssten.

Stv. Lukat kann in der Vorlage nichts von einem Zweizeiler erkennen. Es sei das Ausfüllen eines Formblattes erforderlich.

Stv. Mentrop möchte die Diskussion um öffentliche Gelder nicht verharmlosen, es stünden auch 4-5stellige Beträge in Rede.

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** schlägt ein Antragsverfahren ab einem bestimmten Betrag vor, dann müsse der SIGA die Bagatellgrenze definieren.

StOVRin Abel sagt zu, auch wenn das Formblatt bei der Abtragstellung nicht benutzt und stattdessen ein formloser Zweizeiler mit Nennung aller Zahlen versendet werde, dies als gültigen Antrag zu werten.

Stv. Morwind spricht sich für eine Abmilderung des Buchstaben c unter Antragsverfahren aus.

AM Dahmann unterstützt für die FDP-Fraktion das Ansinnen des Vorsitzenden, eine Bagatellgrenze zu definieren.

StOVRin Abel sagt eine Streichung des Wortes „Formblatt“ zu.

Die Sitzung wird zur (inter-)fraktionellen Beratung unterbrochen.

Nach Wiederbeginn sichert Fr. Abel eine Übermittlung des Formblattes zur Sitzung des HFA zu.

Beschluss:

Der SIGA empfiehlt dem HFA und Rat, dass die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen der allgemeinen Wohlfahrtspflege ab dem Haushaltsjahr 2023 nach dem in der Vorlage beschriebenen vereinfachten Antrags- und Nachweisverfahren erfolgt.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja- und 4 Nein-Stimmen (Stv. Haberpursch befangen)

Über den Abänderungsantrag der WLH-Fraktion war daher nicht mehr abzustimmen.

**11./ Bericht des Sozial- und Integrationsmanagements (SIM) für das 2. Halbjahr 2022
Vorlage: 50/022/2023**

Beschluss:

Der SIGA nimmt den Bericht zur Tätigkeit des städtischen Sozial- und Integrationsmanagements für das zweite Halbjahr 2022 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**12./ Ratsbeschluss vom 02.11.2021 zur Aufstellung eines Wohnungsbaukonzeptes
- hier: Abschlussbericht des Bündnisses bezahlbarer Wohnraum
Vorlage: II/034/2023**

Protokoll:

Bgo. Herz erläutert die Vorlage. Danach sehe die Verwaltung aktuell keine realistische Chance zur Änderung des Besorgnis erregenden Zustandes. Die Verwaltung bedauere sehr, dass die Schaffung bezahlbaren Wohnraumes derzeit besonders schwierig sei.

Stv. Haesen erkennt erschreckende Zahlen und fragt, ob auch dies das Resultat der Personalknappheit sei oder eher ein politischer Offenbarungseid, zumal die Entwicklung lange bekannt gewesen und doch nicht gehandelt worden sei.

Stv. Lukat erinnert daran, dass es auf Antrag der WLH-Fraktion einen Ratsbeschluss

gebe, nach dem ein Wohnbaukonzept zu erstellen sei. Bislang habe erst ein Arbeitsgruppengespräch stattgefunden. Die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen, verbessere nichts. In Düsseldorf werde sehr wohl viel gebaut. Die WLH stehe zum Ratsbeschluss und erwarte eine konzeptionelle Vorlage der Verwaltung.

Bgo. Herz erklärt, auch personelle Engpässe im technischen Dezernat hätten umfangreiche Vorbereitungen zum erforderlichen Wohnungsbaukonzept nach dem durchgeführten Arbeitsgruppentreffen verzögert. In der Hauptsache aber verteuere u.a. der Krieg in der Ukraine und dessen Folgen für die Weltwirtschaft den Wohnbau. Es sei momentan wirtschaftlich nicht darstellbar, bezahlbaren Wohnraum zu bauen.

Hr. Sattler findet diese Art von Denkverbot für das Amt für Soziales nicht angemessen und zielführend. Deshalb fordere er die Verwaltung auf, hier gerade auch vor dem Hintergrund der Altersstruktur, weiter nachzudenken. Er habe zwei Vorschläge: Erhöhung der Quote von bislang 30% und kein Verkauf auch nur eines Quadratmeters für nicht-öffentlich geförderten Wohnraum.

Beschluss:

Der Zwischenbericht der Verwaltung sowie der Abschlussbericht des Bündnisses bezahlbarer Wohnraum wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

13./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** verweist auf die durch die Verwaltung beantworteten Anfragen als Tischvorlage.

14./ Mitteilungen

Protokoll:

VA Schneider verweist auf die als Tischvorlage ausliegenden Flüchtlings- und Obdachlosenstatistiken.

Fr. Kadach sei zur Nachfolgerin von Hr. Rinke als Abteilungsleiterin Asyl/Integration bestellt worden.

Es sei vorgesehen, dem SIGA einen Tätigkeitsbericht des Amtes 50 vorzulegen. Ferner werde die Stadt Haan Gelder aus dem Stärkungspakt NRW erhalten.